

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 1107 und 1108.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1918 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zusendung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang I

Montag, den 23. Dezember 1918

Nummer 70

Eine neue Rede Wilsons.

Wilson für Freiheit und Völkerbund.

Paris, 22. Dezember. (Gavas.) In einer Rede gegenläufig der feierlichen Verleihung der Ehrendoktorwürde in der Sorbonne erklärte Präsident Wilson, er stimme mit der Ansicht überein, daß der Krieg nicht nur ein Krieg zwischen Nationen, sondern auch ein Krieg zwischen zwei Kultursystemen gewesen sei: einem System des Angrißes, welches sich aller geistigen Fähigkeiten bediente, um die Menschheit zu Boden zu werfen, und einem anderen System, welches die Erinnerung an die höchsten Menschheitsliberalisierungen und an alle Kämpfe der Menschheit von unzählbaren Male wachruft, welche überall für das Recht kämpften und vor allem nach Freiheit strebten.

Der Triumph der Freiheit in diesem Kriege sei ein Zeichen dafür, daß diese Geistesrichtung jetzt die Welt beherrsche. Es sei der mächtige Kiem der moralischen Kräfte, der durch die Welt gehe, und jeder, der dieser Strömung widerstehen wolle, werde schmachvoll erliegen. Die Aufgabe der Friedensunterhändler sei sehr vereinfacht durch die Tatsache, daß sie niemandes Herren, sondern Diener der Menschheit seien. Wenn man den Geboten der Menschlichkeit kein Gehör schenke, werde man den stärksten und wohlbedientesten moralischen Bankrott erleiden, der je in der Geschichte vorgekommen sei.

Wilson selbst darauf seine Auffassung vom Völkerbunde auseinandersetzt. Dieser Bund müsse als eine moralische Kraft wirken, die von jedermann organisiert werde. Wo und wann es auch sei, daß Unrecht und Angriff vorbereitet würden, da möge sich dieses durchdringende Licht des Gewissens auf die Mäße konzentrieren und überall lauten die Menschen fragen: „Welche Absichten hegt Ihr in Euren Herzen gegen das Geschick der Welt?“ Wenn die Mittelmächte nicht vorant hätten, nur vierzehn Tage lang ihre Ziele erörtern zu lassen, so wäre dieser Krieg niemals ausgebrochen, und wenn sie, wie es hätte geschehen müssen, erzwungen worden wären, sie ein Jahr lang zu erörtern, so wäre dieser Krieg etwas Unfassbares gewesen.

Wilson erklärte, er fühle, daß dieser Krieg Feind gewesen sei dem Geiste der Universität, der allem feindselig sei, was der menschlichen Vernunft Zwang auferlege, sowie allem, was der Triumphe des Ideals, den Durchbruch der Wahrheit und die Läuterung des Lebens aufzuhalten suche. Er fühle, daß der Geist der Wahrheit, dem sich die Unversöhnlichen gewidmet hätten, die Oberhand gewonnen und den Sieg erringt habe.

Friedensforderungen der englischen Arbeiter.

Bern, 22. Dezember. Die „Freiburger Nachrichten“ melden: Der englische Arbeiterkongress richtete an Wilson im Namen von 5 Millionen englischen Arbeitern ein Telegramm, worin von Wilson Frieden mit sofortiger Errichtung des Völkerbundes und der Abklärung verlangt wird. Der Kongress verurteilt den Präsidenten seiner totkräftigen Unterstützung zur Verwirklichung seiner hohen Ideale.

Der überraschende Rückgang an den Börsen aller Länder, der gewaltiger ist als alle bisherigen der Kriegszeit, wird mit der sozialistischen Bewegung in den Entente-Ländern in Beziehung gebracht, weil die Börse der beste Gradmesser der Politik ist.

Revolutionäre Bewegung in Italien.

Von Bern wird berichtet: Der Vorstand der italienischen Sozialdemokratie hat beschlossen, gegen die herrschende Klasse energisch vorzugehen. Zu diesem Zweck hat er alle Vertreter des organisierten Proletariats zum 22. Dezember in Bologna eingeladen. Vertreter übriger wirtschaftlicher und sozialistischer Organisationen sollen am 29. Dezember in den Hauptstädten der Distrikte tagen, um Beschlüsse zur Verwirklichung folgenden Programms zu fassen. 1. Augenblickliche Demobilisie-

rung, 2. Zurückführung der Soldaten aus Rußland, 3. Forderungen auf prinzipielle Freiheit des Kulturlebens, 4. Amnestie für politische und militärische Vergehen. Ferner Einführung der Republik, und allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für Männer und Frauen.

Beamten des Post-, Telegraphen- und Telephonwesens haben bereits mit positivem Widerstand begonnen, was in Regierungskreisen zu großer Verwirrung Veranlassung gibt.

Die Entente und Rußland.

Der französische Gesandte M. Rouleux gab einem Gavas-Vertreter folgende Erklärung: Obgleich ich auf Urlaub fahre, werde ich dennoch die mir von der französischen Regierung gestellte Aufgabe erfüllen. Diese Aufgabe besteht in der Wahrnehmung unserer russischen Interessen und in der Unterstützung unseres früheren Alliierten, sich von der Anarchie zu befreien und eine Regierung aufzustellen, die Ordnung und Freiheit verbürgt. Weber Frankreich noch die anderen verbündeten Nationen haben die Absicht, das russische Volk den bolschewistischen Ausschreitungen auszusparen. Sie fühlen sich im Gegenteil insofern ihrer gemeinsamen Erinnerung verpflichtet, den Wiederaufbau eines Landes vorzubereiten, das von jeher bestimmt war, eine wichtige politische und ökonomische Rolle in der Weltgeschichte zu spielen.

London, 22. Dezember. Das Reutersche Bureau erfährt von maßgebender Stelle, daß die ganze russische Frage einer ernsthaften Prüfung durch die Alliierten unterliegt. Es ist jedoch noch kein Plan festgelegt, und nichts kann endgültig bestimmt werden, bis sich eine Gelegenheit geboten hat, die Frage mit Wilson zu besprechen.

Es wird allgemein anerkannt, daß das russische Problem eines der dringendsten und bedeutungsvollsten ist, und es wird die Hoffnung gehegt, daß es sich während des künftigen Besuchs Wilsons in London ermöglichen werde, es zum Zweck eines unverzüglichen Eingreifens zu erörtern. Es sind in der letzten Zeit zahlreiche beunruhigende Berichte über das Anwachsen der bolschewistischen Armee erschienen, aber man betrachtet die Zahl als stark übertrieben. Die gegenwärtige Gefechtsstärke beträgt wahrscheinlich nicht mehr als zwei- bis dreihunderttausend Mann. Eine bessere Disziplin ist eingeführt worden, aber nur mit Hilfe von Maßregeln, die viel tyrantischer sind, als irgendwas unter der alten Regierung.

Mit Bezug auf die gegenwärtige politische Lage wird daran erinnert, daß es einige Monate lang für die Gewerkschaft unmöglich war, ihre Meinung in der Öffentlichkeit zu vertreten. Alle geistigen Führer, denen die Zukunft ihres Landes am Herzen liegt, sind gezwungen worden, nach Syrien oder dem Süden zu fliehen. In diesen Gebieten bestanden mehrere antibolschewistische Regierungen. Die Hoffnung erscheint begründet, daß die von den Alliierten verfolgte Politik die Einigkeit zwischen den verschiedenen antibolschewistischen Regierungen herbeiführen wird. Ein erstrebliches Anzeichen in der letzten Zeit ist der ständige Zustrom hervorragender lokaler Russen aller Parteien nach London und Paris, die eine Organisation zu schaffen beabsichtigen, um die bolschewistische Frage zu behandeln, und die während der Friedenskonferenz zur Hand sein wollen. Einige von diesen russischen Führern, die in London gewesen sind, haben ihre Ansichten mit den führenden englischen Staatsmännern ausgetauscht.

Diese Reutersmeldung, die wir gekürzt wiedergeben, zeigt deutlich, daß die Entente jetzt mit aller Energie gegen die Sowjetregierung rüstet und sich hierbei der Unterstützung sämtlicher bürgerlicher Parteien Rußlands erfreut. Auf der bevorstehenden Friedenskonferenz soll anscheinend das russische Problem im Sinne des antibolschewistischen Bürgerturns gelöst werden.

Beendigung des Streiks in Oberschlesien.

Deutschens, 22. Dezember. Der Ausstand der Charlottengruben bei Abnail ist beendet. Die Arbeit auf sämtlichen ober-schlesischen Gruben ist wieder in vollem Gange.

Das Ziel.

Der 19. Januar wird für das deutsche Volk und für das internationale Proletariat ein Tag der Entscheidung. Es ist keine Wahl wie alle früheren im Deutschen Reich und zu den Parlamenten demokratischer Staaten, wie England oder die Union. Es ist nicht nur das demokratischste Wahlrecht der Welt, nach dem die Nationalversammlung ihre Abgeordneten ernannt, sondern es handelt sich um politische und wirtschaftliche Entscheidungen, wie sie wohl noch kein Revolutionsparlament der Welt zu treffen hatte.

Nicht nur der politische Grundriß der neuen deutschen sozialistischen Republik muß von dieser Abgeordnetenversammlung bestimmt werden, sondern die Zusammenfassung dieser Kammer wird auch für die Erledigung wichtiger wirtschaftlicher Maßnahmen richtunggebend sein. Es muß daher der Wahlkampf geführt werden nicht wie ein Wahlkampf zum früheren Reichstag, nicht nur nach örtlichen oder Tagesgesichtspunkten, sondern jene großen Ziele, denen die Sozialdemokratie von jeher dients, müssen auch in der Agitation in jeder Versammlung im Vordergrund stehen.

Bei früheren Wahlkämpfen ging in der Fülle der Einzelheiten, bei den Interessen für große und kleine Tagesfragen nur zu oft der Sozialismus verloren. Das Endziel wirkte als ferne Zukunftsverheißung. Man sprach von ihm wie vom gelobten Land, in das man doch nicht hineinkommt, in das die Kinder oder Kindeskinde erst einziehen dürfen. Jetzt hat die Not des Krieges, der wirtschaftliche Zusammenbruch, die völlige moralische Abwirtschaffung des Kapitalismus den Sozialismus zu einer Notwendigkeit gemacht, wenn die Menschheit einen Ausweg finden soll nach den Verwüstungen des Krieges, aus jenem wirtschaftlichen und geistigen Chaos, in dem sich die europäische Kultur befindet. Die Lösung kann heute nur heißen: Kapitalismus oder Sozialismus. Nur eine organisierte Wirtschaft ist imstande, die Gütererzeugung wieder zur Höhe der Vorkriegszeit zu bringen.

Seute ist aber der Sozialismus nicht nur eine Angelegenheit der Arbeiterklasse im engeren Sinne des Wortes, sondern die Nachbarklassen des Proletariats, die Angestellten, die durch den Krieg deklassierten Kleinbürger, ja, selbst ein großer Teil der Kleinrentisten, selbst Handwerker und Kleinbauern sind an einer Entwicklung zum Sozialismus interessiert. Ob sie das einsehen, ist eine andere Frage. Jedenfalls muß die Tatsache, daß nach dem furchtbaren Konkurs der kapitalistischen Produktion und heute nur der Sozialismus retten kann, im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen, und wenn diese ökonomische Notwendigkeit den Wählern klargemacht ist, wird es auch am ehesten gelingen, die zahllosen Alltagsvorurteile, die seit Jahrzehnten gegen den Sozialismus in weiten Schichten verbreitet sind, zu zerstreuen.

Die angebliche Feindschaft des Sozialismus, die Angst vor der Konfiszierung jedes Rocktopfes, der Kaiserneustaat und wie ähnliche Schlagworte aus der Rüstungskammer des seligen Eugen Richter lauten, sind heute noch in weiten Kreisen verbreitet. Man sucht auf alle Weise graulich zu machen. Die Kriegszeit hat ja unzählige Beispiele geliefert, durch die diese läbliche Kritik zu widerlegen ist.

Vor allem gilt es, die Massen der Frauen auf die die Reaktion rechnet, für uns zu gewinnen. Das Frauenstimmrecht verdankt man ja der Sozialdemokratie. August Bebel, der Untergehele, hat in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ die „Bibel“ der sozialistischen Frauenbewegung geschrieben. Alle Forderungen auch der bürgerlichen Frauenbewegung sind energisch von der Sozialdemokratie vertreten worden, als die bürgerlichen politischen Parteien nur schöne Worte für die Frauen hatten und sie als „geborene“ Ehrenmitglieder behandelten, wie seinerzeit der Nationalverein die Arbeiter. Jetzt natürlich bewerben sich alle demokratischen und sonstigen Volksparteien um die Gunst des „schönen Geschlechts“, weil durch die Revolution der Arbeiterklasse die Mehrzahl der Wähler zu jenen Bildung unpolitischen menschlichen Wesen gehörte, deren politische Unreife man mit dem Schlagwort von dem langen Haar und dem kurzen Verstand

zu kennzeichnen pflegte. Alle Gegenwartsforderungen der Frauen, Ernährungsfragen, Schulreform, Kindererziehung, bürgerliche Gleichberechtigung der Frau, Reform des Erbrechts und alle zahlreichen anderen Probleme können nur von der Sozialdemokratie gelöst oder ihre Lösung angebahnt werden. Die großen Angelegenheiten der wirtschaftlichen Aufbaumarbeit, Wiederherstellung der Produktion, Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft, Milderung der Finanznot durch rückwärtslose Besteuerung der Besten, wie alle Fragen der sozialen Politik, vor allem aber die Durchföhrung der Sozialisierung, können nur zweckmäßig in Angriff genommen werden, wenn man die Forderungen der Sozialdemokratie verwirklicht. Nur eine Arbeiterpartei kann rückwärtslos und wägn genug handeln, und nur eine sozialistische Partei verfügt über die ökonomische Einsicht, um den Fragen unserer Zeit gerecht zu werden. Darum gilt es, bei den Wahlen dafür zu sorgen, daß nach den Wahlen die Vertreter eines entscheidenden Sozialismus möglichst zahlreich in das Parlament einzutreten.

Der Sozialismus ist heute Mode geworden. Wir haben auch vielfach jenen Salon-Sozialismus, über den Engels Anfang der neunziger Jahre bereits spöttelte. Wir haben aber auch jenen Pseudo-Sozialismus, von dem das Wort des Apostels gilt: „Dieses Volk preißt mich mit den Lippen, aber sein Herz ist ferne von mir.“

Die Gewähr, ob man es mit dem Sozialismus ernst meint, bietet der Rückblick auf die Kriegspolitik. Niemand kann diesen Herren dienen. Man kann nicht vier Jahre kaiserlich-deutsche Politik treiben und über Nacht zum demokratischen internationalen Sozialisten werden. Die Wollen müssen den Irrtum einsehen nach den harten Lehren des Krieges. Aber man mißtraut Führern, die plötzlich begeisterte Revolutionäre geworden sind, weil die Strömung umschlug. Nichts ist daher notwendiger, als eine zielbewußte vortwärts treibende Partei, die auch auf die aufstrebenden Massen anfeuernd wirkt und die Rechtssozialisten zwingt, ihr Agitationsprogramm später in die Tat umzusetzen.

Aus der allgemein wirtschaftlichen innerpolitischen und aus der Weltlage ergibt sich daher die Notwendigkeit eines prinzipiellen Wahlkampfes, der die Entwicklungstendenzen der Übergangswirtschaft, die Grundlinien der neuen politischen und ökonomischen Umgestaltung der Gesellschaft klar, allgemein verständlich und ohne Vertuschung den Massen der Arbeiterklasse und aller proletarischen und halbproletarischen Wähler zum Bewußtsein bringt. Nur aus der Erkenntnis der ganzen Schwere der Nachkriegszeit, aus dem Verständnis für die wirtschaftlichen und politischen Ursachen unseres Zusammenbruchs und für die Wirtschaft weiter sozialistischer Kreise an dieser Katastrophe sind die Massen zu gewinnen für den neuen Weg, den wir zu gehen entschlossen sind.

Es gilt, bei diesem Wahlkampf den entscheidenden Schritt zu tun von der errungenen Demokratie zur Verwirklichung des Sozialismus!

Gefühnte Putschveruche.

Das am 18. Dezember in Brandenburg a. d. Havel einrückende 2. Bataillon des Inf.-Regiments 208 glaubte zur Befreiung der Stadt den dortigen Arbeiter- und Soldatenrat aufsuchen zu müssen. Eine bewaffnete Abteilung erschien auf dem Bureau unter Führung eines Offiziers. Die jungen Leute trugen in Erwartung herausforderndes Gebahren zur Schau, daß es unmöglich war, mit ihnen zu verhandeln. Darauf begaben sich die Vorstandsmitglieder des A. und S. Rates zu dem betreffenden Bataillon und wurden dort in der ärgsten Weise beschimpft und bedroht. Bei einem Umzug durch die Stadt holte das Bataillon mit Woffengewalt die roten Fahnen von den öffentlichen und privaten Gebäuden herab, die Fahnen wurden verbrannt und unter dem Vorwand des revolutionären Vorgehens wurden um die verfallenen Reste Preudenklänge aufgeführt.

Der A. und S. Rat alarmierte hierauf die Garnison. Mehrere hundert Freiwillige zogen mit aufgepflanzten Bajonetten und sechs Kanonen aus, um die Entwaffnung der „Waterlandbefreier“ durchzuführen. Es gelang ihnen, die beiden hauptsächlichsten Offiziere in Schußhaft zu nehmen. Diese leugneten anfangs, die Urheber des Putsches zu sein, mußten aber schließlich zugestehen, daß sie durch unsinnige Gerüchte über die wirkliche Lage in Brandenburg getäuscht worden waren und das Beste beabsichtigt hätten. Sie sahen sich schließlich gezwungen, folgende öffentliche Erklärung abzugeben:

Erklärung!

Namens der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des 2. Bataillons Inf.-Reg. 208 überden die Unteroffiziere ihr tiefstes Bedauern über das Verantworfen der roten Fahnen und der übrigen sich daran anschließenden Vorkommnisse bei ihrem Einmarsch in Brandenburg aus. Durch mangelnde Aufklärung und durch Einflüsterung falscher Gerüchte über die Tätigkeit des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates und Abgabe der Waffen wurde in der Truppe leider eine Stimmung erzeugt, die zu den bedauerlichen Ausschreitungen am Bahnhof und in der Stadt führten. Gegenrevolutionäre Bestrebungen liegen uns durchaus fern, denn wir stehen sämtlich auf dem Boden der Regierung. Ober-Ober-Ober. Die inzwischen auf dem Rathaus geführten Verhandlungen haben zu einer völligen Klärung der Situation beigetragen. Das Wiederaufheben der roten Fahnen erfolgt durch die Beteiligten des Regiments unter militärischen Ehren. Wir hoffen, daß nach dieser Wiedergutmachung das Einvernehmen zwischen der Bürgererschaft und uns vollkommen wiederhergestellt ist.

Schulze, Lt. h. R. u. Ordnungs-offizier. Rahn, Lt. u. Bataillonadjutant. Schwiffl, Stabsfeldwebel.

Unter den Rängen der Regimentsmusik und unter Führung der beteiligten Offiziere wurde die rote Fahne überall unter großem Jubel der Bevölkerung wieder gehißt von denen, die sie heruntergeholt haben. Wie alle konterrevolutionären Vorgänge, die sich beim Einzug von Fronttruppen abgespielt haben, muß auch hier wieder mit aller Schärfe darauf hingewiesen werden, daß es unbedingt notwendig ist, die Kommandogewalt der Offiziere endgültig zu brechen. Hätte sich der A. und S. Rat in Brandenburg, die revolutionären Arbeiter und Soldaten, der Situation nicht gewachsen gezeigt, hätten sie ihre gerechte Empörung durch die herausfordernde Haltung der Offiziere nicht eingedämmt, so wäre es ohne Zweifel zu einem schweren Blutvergießen gekommen. Um dies für alle Zukunft zu vermeiden, muß endlich ganze Arbeit gemacht werden. Fort mit den konterrevolutionären Rekrutenoffizieren!

Ein ähnliches Schauspiel hat sich in Wilhelmshafen abgespielt. Dort holte am Montag der Leutnant Wegow die

rote Fahne von der Kaserne herunter, in die das 2. Bataillon eines Marine-Regiments einrückte sollte. Die verheßten Mannschaften waren schnell über die wirkliche Lage aufklärt. Da der Leutnant, der den sich ihm entgegenstellenden Mannschaften mit der Waffe gedroht hatte, wurde vor ein Kriegsgericht gestellt. Er wurde zu sieben Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt wegen Aufreizung zum Widerstand. Widerstand gegen die Staatsgewalt und wegen Bedrohung und Beleidigung.

Wir finden das Urteil durchaus gerecht. Mit einer bloßen Erklärung, daß die Herren Gegenrevolutionäre das Beste beabsichtigt hätten, kann der Revolution nun und nimmer gebietet sein. Wir müssen zeigen, daß wir nicht nur die Macht besitzen, sondern daß wir sie auch auszuüben verstehen. Nur so schaffen wir uns Respekt.

Dynastische Hochverratspolitik.

Das „Leipziger Tageblatt“ schreibt: „Wie wir hören, stehen Veröffentlichungen bevor — diesmal allerdings nicht von bayerischer Seite —, die dem deutschen Volke die Tatsache enthüllen werden, daß wieder und wieder, sogar noch in den letzten Tagen vor der Revolution, König Ludwig von Bayern versucht hat, gegen das Reich zu konspirieren. Nicht nur, daß die Gerüchte über den Plan eines süddeutschen Rheinbundes sich als wahr erweisen werden, noch weiteres ist von diesem schuldbeladenen (!) deutschen Fürsten gemagt worden. In seiner Eiferucht auf Norddeutschland soll er es gewesen sein, der den Rat hatte, in der Stunde der höchsten Not die Einheit des deutschen Volkes zu verraten, um das heilige römische Reich deutscher Nation als katholisch-süddeutsches Reich wiederherstellen zu lassen und für diese Staatsneugründung den Separatfrieden durch Preisgabe Norddeutschlands zu verkaufen.“

Man kann der angeklindigten Veröffentlichung mit Spannung entgegensehen, denn sie wird den Beweis erbringen, daß die Fürstentümer — ebenso wie die sie stützenden Parteien, vor allem die Zentrumspartei — in der Stunde der Gefahr nicht an Reich und Volk, sondern an ihre engen Sonderinteressen gedacht haben. Ihre hochverräterischen Pläne sind nur deshalb nicht zur Ausführung gelangt, weil die Revolution einen dicken Strich durch sie zog. Und sie werden nur dann auf dem Papier bleiben, wenn die Revolution stark und mächtig genug ist, den zerschenden Bestrebungen der bürgerlichen Parteien entgegenzuwirken und die Einheit des Reiches zu bewahren.

Zweideutiges Spiel.

Das Zentrum betreibt im Rheinland, in Bayern, in Oberschlesien die Loslösung lebenswichtiger Teile vom Reich. Nach dem Grundzuge, wenn du es getan hast, so leugne, erklärt es dann in Berlin, daß die Partei mit solchen Bestrebungen nichts zu tun hat. Der Grund ist klar: Das Badiges Geschäft soll nicht verdorben werden. Das Zentrum will ja, wie Herr Spahn gesagt hat, der Mittelpunkt des bürgerlichen, antisozialistischen Blocks werden, alle anderen Parteien mit gleicher Liebe umfassen, von Herrn v. Gendeband bis zu Herrn Neumann. Und da könnte allzu offener Verratserrat doch in Verlegenheiten bringen; im Geheimen betreibt man also Landeszerreißung, offen empfindet man sich als Vorkämpfer gegen den Sozialismus.

Deshalb rückt die „Germania“ mit sanften Worten von ihren oberflächlichen Parteifreunden ab. Sie meint die Losreißungs-Treiber gehen sich schwerer Täuschungen hin. Es werde doch nichts nützen, mitbezahlen für die Kriegsschadigungen mühten die Einwohner, auch wenn sie nicht mehr zum Reich gehörten.

Dieser Appell an den Eigennutz ist recht charakteristisch. Interessant aber auch, daß die „Germania“ nur diese praktischen Erwägungen anstellt. Uns will dünken, die Frage der Einheit und Unversehrtheit sei doch nicht bloß eine Geldsackel. Und wir sind sehr neugierig, ob die bürgerlichen Parteien, die ja sonst nie genug über die Nationalloyalität der Sozialdemokratie zernern konnten, mit dem Zentrum bei den Wahlen trotz Bayern, Rheinland und Oberschlesien gemeinsame Sache machen werden.

Eine unzweideutige Antwort.

Dem Generalkommando des 10. A. R. in Hannover scheint der Verlauf der Revolution in der Republik Braunschweig nicht bezeugen zu wollen. Es hat einen Korpsbefehl erlassen, demzufolge alle im früheren Herzogtum Braunschweig stationierten Truppenteile nach Celle verlegt werden sollen. Der betreffende Befehl ging an das zuständige Garnisonkommando weiter. Dieses verlangte von der Braunschweiger Regierung das schriftliche Einverständnis zu der geplanten Verlegung. Die Antwort lief schnell ein. Sie ist so herghast ungewandigt gehalten, daß wir nicht veräumen wollen, sie unseren Lesern vorzuführen:

„Wir verfügen kraft der uns zustehenden Regierungsgewalt, daß von den momentan im braunschweigerischen Landesgebiet liegenden Truppen nicht ein einziger Truppenteil verlegt wird, sondern daß dieselben hier in ihrem Standort demobilisiert werden, und zwar so schnell als die Zeitumstände nur irgend gestatten. Wir sind nicht gewillt, uns vom 10. A. R. in unserem Lande irgendwelche Vorschriften machen zu lassen, und werden die von uns getroffenen Maßnahmen unbedingt wie bisher weiter durchführen.“

Das betreffende Generalkommando hat, wie mir bereits berichtet, schon einmal versucht, der Revolution Schwierigkeiten zu bereiten, indem es einem Bataillon, das sich auf der Rückfahrt von der Front befand, vorfunkerte, in Braunschweig seien Unruhen ausgebrochen. Um so erstenslicher ist die Antwort, die dem Generalkommando auf seine neuerlichen Treibereien von der Braunschweiger Regierung gegeben worden ist. Es wäre zu wünschen, wenn auch bei anderen Regierungsstellen, vor allem in Berlin, der gleiche Geist der Klarheit zum Ausdruck kommen würde. Den konterrevolutionären Machenschaften der verschiedenen Kommandostellen, die immer den neuem wieder das Volk beunruhigen, würde dann schnell ein Dämpfer aufgesetzt sein.

Die Zusammenziehung des Zentralrates.

In den Rat der 97 sind infolge der Wahlenthaltung der Unabhängigen sozialistischen Delegierten in der Reichsversammlung nur Mitglieder der Reichssozialdemokratie hineingewählt worden. Aus dem bisherigen Vollgusset wurden nur sieben Mitglieder übernommen. Davon aus dem Groß-Berliner Vollgusset die ehemaligen Reichstagsabgeordneten Max Cohen-Kneuf und Hermann Müller-Reichenbach sowie Gustav Keller.

Dazu fünf aus der Ost- und Westfront sowie dem besetzten Gebiet, dem Groß-Berliner Vollgusset kooperierte Mitglieder. Es sind dies: Robert Kohn, Vertreter der 10. Armee; für die Westfront: Emil Böschmann, Hugo Strube, Fritz Koch-Reußhahn; aus dem besetzten Gebiet: Heinz Schäfer-Rön. Von Parlamentariern wurden gewählt: der frühere Landtagsabgeordnete Robert Reineri-Hannover und der frühere Reichstagsabgeordnete Max König-Dormund. Die übrigen Gewählten sind im wesentlichen mehr oder weniger bekannte Funktionäre der sozialistischen Partei, Gewerkschaften und Presse. Ihre Namen folgen: Karl Bethge, Freiberg; Albert Grgelinski, Rassel; Fritz Herberich, Stettin; E. Jortz, Karlsruhe; Hermann Kahmann, Dresden; Wilhelm Knobloch, Darmstadt; Heinrich Rabis, Hamburg; Walter Lampe, Damburg; Georg Raier, Berlin; Max Paff, Marine; Karl Brotsch, München; Albert Süber, Göttingen; Otto Sadow, Brandenburg; Fritz Voigt, Breslau; Hermann Wäger, Ludwig L. S.; Karl Börgedel, Rön; Heinrich Swolska, Rürnberg.

Eine Wahlrede Haafes.

Die zu heute vormittag um 10 Uhr von der U. S. B. nach den Germania-Bradt-Eilen in der Chausseestraße einberufene Volkversammlung wurde zu einer gewaltigen Demonstration für die Grundzüge unserer Partei. Um 11 Uhr begann unser Genosse Haase sein Referat.

Er führte aus, daß das deutsche Volk vor der Aufgabe der Nationalversammlung stehe. Dieser Aufgabe mühten wir uns fügen, abgleich es unser Wunsch gewesen sei, die Wahlen länger hinausgeschoben. Eine ungeheure Aufbaumarbeit sei zu leisten. Das deutsche Volk habe das freieste Wahlrecht der ganzen Welt erhalten. Es gelte vor allem, die Massen der 20 bis 30-jährigen aufzuklären, deren politische Erziehung durch die Säuglinge der Vergangenheit nicht gründlich genug erfolgt sei. Die reaktionären Kreise würden alles versuchen, einen ungeheuren Einfluß auf die Volksmassen auszuüben und ihre Herrschaft zu erhalten. Wir mühten mit allem Eifer an die Arbeit gehen. Die Revolution sei mit den Ereignissen des 9. November keinesfalls zum Abschluß gekommen. Die Geschichte beweise uns, daß jede Revolution fortwähre, und es sei Aufgabe der unabhängigen Sozialdemokraten, die Reichspartei immer weiter vorzutreiben.

Man dürfe vor der Nationalversammlung keine Scheu zeigen. Die Nationalversammlung habe nur zwei Aufgaben: Die Verfassung des deutschen Reiches zu bestimmen und Frieden zu schließen. Davon, daß jemals die Hohenzollern wiederkehren könnten, brauche niemand mehr zu denken. Diese Herrschaften hätten sich demachen blamiert, einen derart schimpflichen Abgang genommen, daß wohl kaum ein Mensch in Deutschland auch nur von einer Scheinherrschaft dieser Leute mehr etwas wissen wolle. Die Wortführer der U. S. B. hätten während des ganzen Krieges auf die Notwendigkeit der Revolution hingewiesen. Sie seien deshalb von den Reichssozialisten verachtet worden. Noch im Sommer habe der „Vorwärts“ auseinandergesetzt, daß das deutsche Volk einstweilen die Republik nicht wüschte. Es sei in seiner Mehrheit monarchistisch gesinnt, und dieser Gesinnung mühten wir uns als echte Demokraten beugen. Die U. S. B. habe auch durch ihre parlamentarische Tätigkeit dafür gesorgt, daß während des Krieges der Gedanke der Internationalen immer und immer wieder in den Vordergrund gestellt worden sei. Wir dürften den Gedanken an eine Weltrevolution nicht aufgeben.

Haase betonte sodann die Notwendigkeit der Sozialisierung. Die Kriegsschulden Deutschlands würden sich auf mindestens 800 Milliarden belaufen. Daraus erhebe sich die Sozialisierung unbedingt kommen müsse, weil andernfalls eine Verzinsung und Abtragung der Schuldenlast gar nicht zu denken sei. In den nächsten Tagen würde ein Steuerprogramm zu verhandeln sein, das alle Kriegsgewinne erfassen werde. (Lebhafte Beifall.)

Zur Frage der Nationalversammlung könne sich jeder stellen wie er wolle, aber man müsse zugeben, daß es unflüg gehandelt wäre, wenn die Partei auf ihre politische Macht verzichtet und sich nicht am Wahlkampf beteiligen würde. Nur weil auf dem Zentralkongress der deutschen Soldaten- und Arbeiterklasse gegen die Stimmen der Unabhängigen der Termin der Nationalversammlung früher angesetzt worden sei. Die Gefahr, die Nationalversammlung könne in die Fußstapfen des Reichstages seligen Andenkens treten, sei nicht so arg als man glaube, denn die Nationalversammlung habe nur zwei Aufgaben und löge daher nicht in Permanenz. Daß die Nationalversammlung dem deutschen Volke eine Verfassung und den Frieden gegeben, dann sei ihre Tätigkeit bis auf weiteres erledigt. Hier ergebe sich aber schon eine neue Frage, nämlich die: was für eine Verfassung, und hier sei es vor allem Aufgabe darüber zu wachen, daß die revolutionären Errungenschaften erhalten blieben und das Wahlrecht nicht verfallt werde. Abgleich es im Interesse der süddeutschen Bundesstaaten wünschenswert sei, das politische Übergewicht Preußens auf irgendeine Weise zu verringern, vor allen Dingen die Macht des katholischen Junkertums zu brechen, so liege es doch im Interesse des Proletariates, das Deutsche Reich als einheitliches Wirtschaftsgelbiet unter allen Umständen zu erhalten. Wir traten in den Wahlkampf ein, um der U. S. B. D. und damit dem internationalen Sozialismus zum Siege zu verhelfen.

In der nun stattfindenden Diskussion plähten teilweise die Gegenüber sehr scharf aufeinander. Ein Redner forderte Gemeinsamkeit in der Arbeit beider sozialdemokratischer Parteien, ein russischer Genosse forderte im Widerspruch hierzu eine reinliche Scheidung zwischen beiden Parteien. Nach längerer Debatte nahm Genosse Haase das Schlußwort, um den Diskussionsrednern zu entgegnen. Er beantragte folgende

Resolution:

„Die heute in den Germania-Sitten loyale Volkversammlung wird mit aller Kraft in die Wahllegislation für die Nationalversammlung einziehen. Getreu ihren Grundzügen wird die U. S. B. den Wahlkampf unter dem Banner des internationalen revolutionären Sozialismus führen. Wegen des Kapitalismus, gegen jedes Völkergelb mit der Arbeiterklasse, für die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse, für den unverfälschten Sozialismus — das ist die Wahlparole der Unabhängigen Sozialdemokratie.“

Zu am 10. Januar zu einem gerechten Siege zu verhelfen, daß die Aufgabe für die aufklärte Berliner Arbeiterklasse nun heute ab mit aller Entschiedenheit wachen muß.“

Die Resolution wurde gegen eine geringe Minderheit angenommen, ebenso einstimmig folgende

Protestresolution:

„Die siegelte Reaktion müht in der Schwere auf geradezu ungläubliche Weise. Hunderte von deutschen, österreichischen und russischen Genossen sind

und werden noch täglich ausgemessen. Doch an der deutschen Grenze werden alle zurückgehalten. Die italienischen Genossen laufen dadurch die größte Gefahr, an ihr Land auszuweichen und auf Jahre ins Gefängnis geworfen zu werden.

Die heutige Versammlung protestiert gegen die Verweigerung des Eintritts dieser Genossen in Deutschland und fordert den Genossen Haase auf, dafür Sorge zu tragen, daß sofort eine Verfügung erlassen wird, um diesen Genossen den Eintritt zu gestatten.

Die Versammlung wurde hierauf mit einem brausenem Hoch auf die Internationale geschlossen.

Leidenhändler.

Mit einer Beharrlichkeit, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre, hat der „Vorwärts“ in den letzten Tagen die Opfer des 6. Dezember immer wieder als „Sportplatz-Opfer“ bezeichnet. Bei seinem Bericht über das Begräbnis wiederholt er sogar nochmal die schändliche Insinuation. Es ist eine Schande, daß seine Berliner Arbeiter, die den „Vorwärts“ als ihr Organ betrachten, sich so etwas gefallen lassen.

Wenn die Vorgänge vom 6. Dezember auch noch nicht restlos aufklärt sind, so steht dennoch mit Sicherheit fest — und der „Vorwärts“ hat selber mehrfach Beweise dafür erbracht —, daß die Demonstrationen in der Chausseestraße nicht die Arbeiter, sondern die Opfer des Blutbades gewesen sind. Noch weniger läßt sich die Behauptung aufrecht erhalten, daß der Sportplatzband das Blutbad verschuldet habe. Die dahin stehenden Insinuationen des „Vorwärts“ verstärken vielmehr den Verdacht, daß die eigentlichen Schuldigen in den Reihen seiner Parteigenossen zu suchen sind. Um diese zu decken, hat der „Vorwärts“ durch stetes Wiederholen seiner Beschuldigung jene Verdunkelung geschaffen, in der die Sache gegen eine unsequente politische Richtung am leichtesten geführt werden kann.

Eine herzerregte Falschung des „Vorwärts“ ist ein Skandal. Die deutsche Sozialdemokratie hat stets mit aller Energie gegen die vergiftenden Kampfmittel der Antisemiten und Reichsverbände angefaßt, die mit unbewiesenen Verdächtigungen ihre Gegner zu diskreditieren suchten. Und nun muß sie es täglich mit ansehen, daß der „Vorwärts“ mit seinen Kampfmitteln allmählich auf das Werk des Reichsverbandes zur Befämpfung der Sozialdemokratie herabfällt.

Können denn die Arbeiter nicht endlich dafür sorgen, daß dieses Treiben aufhört?

Vollversammlung des Groß-Berliner Soldatenrates.

Am Dienstag des Reichstages traten am gestrigen Sonntag die Vertreter der Groß-Berliner A- und S-Räte zusammen. Um 1 Uhr eröffnete der Vorsitzende Gas die Sitzung. Nach dem Bericht des Bureau fand eine Neuwahl für den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Kreißmar statt, der aus dem Dienst ausgetreten ist, nachdem auch sein Mandat als Soldatenrat für unzulässig erklärt worden war, da er sich von einer fremden Form als Delegierter hatte aufstellen lassen. An seine Stelle trat ein als Delegierter aus dem A-Rat. Da es sich ergab, daß zwischen den Einwohnern der Arbeiter und der Soldatenräte nicht die für das Ganze notwendige Übereinstimmung besteht, wurde heute eine neunköpfige Kommission zu wählen, die bereits am heutigen Montag stattfindenden Tagung der Arbeiter und Soldatenräte mit diesen in Verbindung treten soll. Bezüglich der in Zukunft auch die Arbeiter durch eine Kommission zu vertreten sein. Es wurde ferner beschlossen, daß der bisherige Berliner Volksrat nur noch die laufenden Geschäfte bis zur Übernahme an den neuwahlgewählten Zentralrat zu erledigen, aber keine selbständigen Amtshandlungen mehr vorzunehmen habe. Die Versammlung erklärte sich mit der Bildung der republikanischen Soldatenwehr einverstanden, da die früher beabsichtigte Gründung einer roten Garde nicht den Ansprüchen der Revolution entsprechen dürfte.

Die Soldatenräte der Regimenter Alexander und Augusta hatten folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: „Deputation der Soldatenräte Augusta und Alexander, die zur Deimaischubarmee Ost entsandt worden waren, haben festgestellt, daß dort etwa 40 Offiziere auf je 200 Mannschaften entfallen. Es handelt sich nicht etwa lediglich um aktive Offiziere, sondern auch solche der Reserve und Landwehr, die eigentlich schon hätten entlassen werden müssen. (Zuruf: Stellungnahme). Da eine derartige Zahl von Offizieren außerordentlich kostspielig und überflüssig ist, wird um schnellste Regelung gebeten.“ Der Antrag wird einstimmig angenommen und dem Reichsministerialrat sofort dem Kriegsministerium überwiesen. — Im Anschluß daran machte Schädler bekannt, daß die Offiziere zu hohe Bezüge erhalten. So erhalten Offiziere, die im Lazarett liegen, außer ihrer Ration von 125 Mark, 75 Mark Beihilfe, 47,50 Mark Wohnungsgeld, 40,89 Mark laufende Unterstützung sowie Zuschuß. Zusammen erhielt ein junger Leutnant auch noch etwa 307 Mark. Es sei unerträglich, daß auch jetzt noch Offiziere „Burschengeld“ gezahlt werde.

Es wurde ferner beschlossen, den auf der Tagung des Kongresses der deutschen A- und S-Räte gefassten Beschluß, daß die Regelung militärischer Angelegenheiten in der Sache der örtlichen Militärbehörden sei, sofort im Arbeiterbewegungsblatt zu veröffentlichen, da die vorgesehene Militärbehörden sich bis jetzt um diesen Beschluß nicht zu kümmern schienen.

Aus der weiteren Aussprache ergab sich, daß in Aussicht genommen ist, den Arbeiter- und Soldatenrat für Groß-Berlin aus 21 Mitgliedern bestehen zu lassen, die zu gleichen Teilen aus den Gruppen verteilt werden sollen, so daß die Arbeiter, Soldaten und die Unbeschäftigten je haben ihre Stellen erhalten würden. Der Zentralrat soll seine Tätigkeit in der Weise ausüben, daß eine Teilung der Vollmacht eintritt. Schließlich wurde nach dem Antrag des Reichsverbandes eingebracht, der der Kommission die Befugnis erteilen sollte, die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte nachzusprechen, um so festzustellen, daß nach der unternehmischen anfänglichen Unordnung die Geschäfte jeht selbständig abgewickelt werden. Der Antrag wurde jedoch mit erheblicher Majorität abgelehnt.

Unmittelbar nach Schluß der Sitzung ergriff noch ein Mitglied der Versammlung das Wort, um bezüglich darüber Rede zu führen, daß die Sportplatzgruppe nicht einmal vor den Behörden zurückzuführen, denn sie habe den Namen eines Komitees, ohne dessen Genehmigung unter ein Mitglied gestellt. Der Redner sprach noch einmal eingehenden Aussprache wurde schließlich durch die langsam verdrängenden Rogenlampen ein Ende gemacht.

Kriegsbeschädigten-Demonstration.

Nicht Dank — nur Recht! In diesem Reichen Land die neuliche Rundgebung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die von der Ortsgruppe Berlin des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer im Innern der Stadt veranstaltet wurde. Lange genug hat man diejenigen, die ihr höchstes Gut für das Vaterland während der 5 1/2 Kriegsjahre geopfert haben, nämlich ihre Gesundheit und den gesunden Gebrauch ihrer Glieder, mit Nebenbetracht abseheißend, von denen keiner sah wurde. Die Durchschnittsrente für völlig erwerbsunfähige Kriegsbeschädigte betrug unter dem allen-fluchbeladenen

Regime monatlich 87,50 Mark, pro Tag 2,26 Mark. Stets infolge von Unterernährung waren bei dieser Hungerente nicht selten. Einem Beschäftigten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wurden im Juli d. J. Feuerungsgulden bewilligt, die heute noch fünf Monaten erst zum Teil zur Auszahlung gelangt sind. Sie betragen für die Kriegsermitteten 28 Pf. täglich, für die Schwerbeschädigten 33 Pf. bis 1,20 Mark täglich. Müßig ist diese Rente nicht bis auf den letzten Pfennig, wenn zu gleicher Zeit 400 bis 1000 Mark Feuerungsgulden an Offiziere und Beamte gezahlt werden? Mit Feuerer sind auch die Kriegsbeschädigten für die Revolution eingetreten, von ihr eine Verbesserung ihrer elenden Lage erhoffend, aber bis zum heutigen Tage ist alles beim alten geblieben. Noch immer sind in den Reichshäusern reaktionäre Kräfte am Werke, die jede ernsthafte Reform hintertreiben; noch heute entscheiden drei Offiziere ausschließlich und selbstherrlich im Kriegsministerium über die Höhe der Renten, ohne direkte Vertretung der davon am nächsten Interessierten!

Zehntausend dieser bedauernswerten Opfer eines verheerenden Krieges waren am gestrigen Mittag dem Ruf gefolgt, von dem Recht der Straße Gebrauch zu machen und im Stund dem Berliner Bürgerkrieg, das sich zum Empfang der 1. Garde-Reserve-Division unter den Linden eingefunden hatte, anschaulich vor Augen zu führen. Den Zug eröffneten diejenigen Kräfte, die sich nur noch mit Hilfe von Stielen und Knütteln fortbewegen können. Dann folgten in langem Zuge all die Kriegsbeschädigten, denen nur Arme oder Hände fehlen oder denen im Gesicht geschrieben steht, was sie gelitten. Der ehemals „königliche“ Paroli hat Wagen und Pferde hergeben müssen, um diejenigen zu fahren, die des Gehens unfähig waren. Man merkte es den folgen Köpfen an, daß sie das langsame Tempo dieser Leidensparade nicht erträgen konnten. Unter dem im Zuge getragenen Plakaten sei eines herabgehoben, das die Aufschrift trug: „Heraus mit den Schuldnern, die uns ins Elend führten!“ — Der Demonstrationzug bewegte sich vom Lustgarten die Linden entlang zum Pariser Platz, wo Kamerad Tiedt in einer begeisterten Ansprache auf das eigenartige Zusammenreffen mit dem zu gleicher Zeit stattfindenden Einmarsch der Garde hinwies und die Nebenart von der unvollständigen Dankbarkeit des Vaterlandes für die Kriegsbeschädigten verurteilte. Durchs Brandburger Tor ging's dann über den Potsdamer Platz nach der Leipziger Straße, wo eine Deputation dem Kriegsministerium die Forderungen der Demonstration überreichte. Nach halbständigen Worten konnten Staatssekretär Bover, Unterstaatssekretär Göhre und Kamerad Tiedt der Menge das erzielte Ergebnis der Verhandlung mitteilen, daß das Demobilisationsamt ein Gesetz vorbereitet, welches den Zwang zur Einstellung von Kriegsbeschädigten vorsteht! Da dieses Gesetz noch längere Vorarbeiten nötig macht, soll sofort eine Rechtsverordnung in Kraft treten, nach welcher Kriegsbeschädigte nicht entlassen und die Renten auf den Lohn nicht angerechnet werden dürfen. Außerdem wurde dem Reichsbund für Kriegsbeschädigte eine Vertretung im Kriegsministerium zugesagt. Auf den energischen Ruf aus der versammelten Menge mußte Unterstaatssekretär Göhre die Versicherung abgeben, seine ganze Kraft bei der Neuorganisation der Renten für eine schnelle und durchgreifende Verbesserung für alle Kriegsbeschädigten einzusetzen. Bei Nichterfüllung der Forderungen wollen die Kriegsbeschädigten in verstärkter Zahl wiederkehren mit tausenden Stößen auf die Revolution und auf den Reichsbund für Kriegsbeschädigte fand die eindrucksvolle Rundgebung nachmittags 4 Uhr ihren Abschluß.

Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie.

Bern, 22. Dezember. Die Schweizerische Delegation meldet: Der sozialdemokratische Parteitag wurde am Sonnabend hier eröffnet. Ueber die Stellungnahme der Partei zum morgigen Arbeiterkongress referierte Hobi-Jülich. Er sprach sich grundsätzlich für eine entsprechende Zusammenarbeit der Partei in den wichtigsten Fragen aus.

Blatten führte zur Frage des Generalstreiks an: Unsere Gegner haben Recht, wenn sie sagen, im Grunde genommen verweigert ihr einen Teil der Arbeiter, denn ihr habt sie nie darüber gefragt, ob sie von ihrer bisherigen Politik abgehen und zur Anwendung der Massentaktik übergehen wollen. Diese Massentaktik ist uns gleichsam über Nacht beigesteuert worden. Ich akzeptiere das revolutionäre Programm. Ob die Arbeiter sich damit einverstanden sind, muß sie selbst entscheiden. Blatten nimmt den Bolschewismus in Schutz. Es sprach gegen ihn Reinhard-Bern, Greulich-Büchli. Lang-Jülich verlor seine Klarheit über die Stellung der alten sozialdemokratischen Partei zu dem neuen Gebilde des Arbeiterkongresses. Greulich führte aus: Zwei Tendenzen ringen gegenwärtig um die Herrschaft bei den Arbeitern. Eine will die Arbeiterbewegung auf demokratischen Boden vorwärts bringen, die andere sucht neue Methoden der Gewalttätigkeit zu schaffen. Wir müssen uns entscheiden, welche Taktik wir in Zukunft anwenden wollen.

Der Redner warnte eindringlich vor unüberlegtem Vorgehen, auch wenn wir die herrschende Partei stürzen könnten, würden sich für uns große Schwierigkeiten aufdrängen. Es würde zur Sabotage der Produktion kommen. Das wäre unser aller Untergang. Nehmen wir wieder auf den demokratischen Boden zurück. Der Redner beantragte zu beschließen: Der schweizerische sozialdemokratische Parteitag erklärt angesichts der außerordentlichen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage, daß es notwendig ist, allgemeine Aktionen gemeinsam mit den Gewerkschaftsorganisationen vorzubereiten und auszuführen. Er hält jedoch fest an der parlamentarischen Taktik, die nicht die Aktion des Generalstreiks ausschließt. Schneider-Basel führte aus: Das Mittel des Massenstreiks zur Erreichung der politischen Uebermacht kann nicht entbehrt werden. Große Kreise der Arbeiterklasse haben nicht gewagt, weshalb der Generalstreik gestiftet worden ist. Deshalb sollten wir in Zukunft alle zur Verfügung stehenden Mittel von Fall zu Fall anwenden. Die Diskussion wird abgebrochen. Nach 1 1/2 stündiger, erregter Debatte über die Komposition Grimm und Gustav Müller wird mit hundert Stimmen Müller zum Parteivizepräsidenten gewählt.

Ähnliche sonstige Kritik werden dem Arbeiterkongress zur Behandlung überwiesen.

Das Agrarproblem in Ungarn.

Budapest, 21. Dezember. Die ungarische Regierung war in den jüngsten Wochen besetzt, die bäuerlichen Parteien und die Sozialdemokraten in der Frage der Bodenreform zu einem Einverständnis zu bringen. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei machte sich die nachdrückliche Agitation einer Minderheit zur Lösung der Bodenreform auf kommunalistischer Grundlage geltend. Die politische Sitzung des Arbeiterrates erbrachte nun einen lebensamen Entschluß, der die vollständige Niederlage der Kommunistengruppe zur Folge hatte. Mit 350 gegen

12 Stimmen wurde eine Entschließung gefaßt, die der Regierung die Möglichkeit bietet, sie in die Wirklichkeit umzusetzen. Dem Entwurf des Arbeiterrates zufolge soll eine progressiv bis 200 Prozent wachsende Vermögensabgabe auch im Bodenbesitz geleistet werden können. Arbeitskommissionen werden aufgestellt. Der Bodenbesitz wird höchstens 500 Joch betragen. Für enteignete Grundbesitzer sollen unübertragbare auf den Namen laudende Rentenobligationen ausgestellt werden, während der enteignete Boden in ebenfalls unübertragbare Erbpacht gegeben wird. Der Beschluß wird zur endgültigen Genehmigung einem zu Weisungen abzuwartenden Kongress vorgelegt werden. Der Arbeiterrat beschloß auch, die Frage der Sozialisierung der Betriebe innerhalb 14 Tagen einer Kommission zu unterbreiten.

Die Kohlennot in Bayern.

München, 21. Dezember. Wegen der in Bayern herrschenden Kohlennot sieht sich der Demobilisationskommission gezwungen, eine zehntägige Arbeitsruhe für alle gewerblichen Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern vom 23. Dezember bis 1. Januar anzukündigen. Die betroffenen Arbeiter erhalten für den Verdienstausfall eine Entschädigung von 90 Prozent ihres Verdienstes aus Rechnung der Staats- bezw. der Reichskasse.

Sewerkschaftliches.

Massenfundgebung der Versicherungsangestellten.

Eine imposante Massenfundgebung der Versicherungsangestellten Groß-Berlins fand am gestrigen Sonntag mittags 12 Uhr im Lustgarten vor der Treppentreppe des Alten Museums statt. Bekanntlich sind die Versicherungsangestellten durch den Zentralverband der Handlungsgehilfen im Laufe dieses Monats in eine Lohnbewegung eingetreten. In Betrachtt kommen etwa 40 Groß-Berliner Versicherungsangestellten zum etwa 30 000 Angestellten und Beamten. Die beiden ersten Forderungen der Angestellten, betreffend Kündigung und Einstellung von Kriegsteilnehmern wurden bei den Verhandlungen, die im Laufe der letzten Woche stattfanden, in einem für die Angestellten günstigen Sinne erledigt. Dagegen stellen sich die Unternehmer einer zentralen Regelung der Entschuldigungsverhältnisse zum größten Teil ablehnend gegenüber. Die Unternehmer erklärten, daß eine einheitliche Regelung der Entschuldigungsverhältnisse unmöglich wäre, daß sie vielmehr den einzelnen Betrieben überlassen bleiben müßten. Infolgedessen erklärten die Angestellten, daß sie am heutigen Montag die Arbeit niederlegen würden, falls diese ihre Forderung nicht bewilligt worden würde und beriefen zu gestern, Sonntag, eine Massenfundgebung nach dem Lustgarten ein, um die Wiederlegung der Arbeit zu beschließen. Inzwischen hatten am Sonnabend noch zwischen der Arbeiterorganisation und den Vertrauensleuten der Versicherungsangestellten Verhandlungen stattgefunden, die für die letzteren günstig ausgefallen sind. Fritz Schmidt vertritt am gestrigen Sonntag den erklärten etwa 3000 Angestellten der Versicherungsangestellten, daß die Unternehmer in der Entschuldigungsverhältnisse nachgeben hätten und daß derartige Beihilfen für den Unberücksichtigten mit 500 Mark, für den Berücksichtigten mit 750 Mark von den Direktoren und Generalagenten gezahlt werden. Alle Angestellten, die während des Krieges eingezogen waren, werden wieder eingestellt, die weiblichen Angestellten, deren Eltern imstande sind, ihre Löhner zu ernähren und die für „ein Tagelohn“ bei den Versicherungsangestellten arbeiten, werden sofort entlassen und dafür bedürftige Personen eingestellt. Außerdem aber werden noch an die Arbeitgeber herangefordert werden, um einen Lohnanstieg durchzuführen. Die Versammelten erklärten sich mit dieser Forderung ihrer Forderungen einverstanden und der drohenden Streik der Versicherungsangestellten ist somit vermieden.

Die Expeditionen Berlins haben in einer auf beschleunigter Versammlung beschlossen, am Montag in den Streit zu treten. Die von der Organisation, dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, mit dem Lokalverein Berliner Expeditionen geführten Verhandlungen über die Regelung einer einmaligen Entschuldigungsverhältnisse sind nach sechsstündiger Verhandlung gescheitert. Die Arbeiterorganisation wollte nur für einige Firmen den besten Teil der Forderungen bewilligen. Für die Rückzahlung der Firmen verlangte sie, daß in den Betrieben zwischen Angestellten und Firmenleitungen verhandelt werden soll. Den Angestellten lag aber daran, vor Weihnachten Geld zu erhalten. Die Bezahlung der Angestellten in den Expeditionsbetrieben war schon vor dem Krieges völlig ungenügend. Die Löhne der Beamten sind noch einmal um 30 Prozent im Krieges gestiegen, während die der Arbeiter um 175 Prozent erhöht worden sind. Die Folge davon war eine völlige Verdrängung der Angestellten. Demgegenüber haben die Expeditionen durch ihre Konvention ein verstanden, ihre Profite dazuernd zu steigern. Die Rückzahlung sind um 400-500 Prozent erhöht worden. An der Transportversicherung, die obligatorisch durchgeführt wird, haben die Expeditionen noch ganz erhebliche besondere Profite gemacht. Trotz alledem war es nicht möglich, die beschiedenen Forderungen der Angestellten zur Anerkennung zu bringen. Am Donnerstag hatte sich der Unternehmerverein gewagt, überhaupt zu verhandeln und war drauf und dran, mit einer gelben Organisation die Gewerkschaft der Angestellten an die Wand zu drücken. Darauf hatten die Angestellten bereits am Freitag früh mit einem Teilstreit geantwortet. Rummel erklärte sich die Unternehmer bereit, mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen zu verhandeln. Ihre neue Taktik geht darauf aus, die ganze Sache bis nach Weihnachten zu verschieben. Wir bedauern nur, daß die Unternehmer im Expeditionsbereich es gerade in der jetzigen Zeit dazu kommen lassen. Als Verhandlung können wir noch mitteilen, daß zwischen der Firma A. Wornuth und dem Berliner Transportverein „Gans“ einerseits und dem Zentralverband der Handlungsgehilfen andererseits eine Einigung erzielt wurde, so, daß die Forderungen dort bewilligt wurden.

Aus der Puhbrände. Der Verband der Vertreter der Puhbrände E. A., Sitz Berlin, Geschäftsstelle Charlottenburg, Ebelstraße 16, hat in seiner Generalversammlung am 21. Dezember beschlossen, mit folgenden Forderungen an die Arbeitgeber heranzutreten: 1. Restlose Einstellung der Kriegsteilnehmer, welche vor dem 1. August 1914 bei der Firma tätig waren, auf mindestens drei Monate zu einem der jetzigen Zeit entsprechenden Gehalt. 2. Nachzahlung der im Jahre 1914 gezahlten Gehälter. 3. Zahlung einer einmaligen Entschuldigungsverhältnisse oder Lohnersatzzulage, ohne Anrechnung auf die erhaltene Unterstützung. 4. Gleichmäßige Verteilung der Runden der Geschäftsinhaber und der Reisenden. 5. Weiblich von dem Betrage der eingeleiteten Credits der Reisenden mehr als 10 Prozent unausgeführt, so ist doch 80 Prozent der Provision zu ermitteln, es sei denn, daß die Auslieferung wegen Anwesenheit der Runden unterblieben ist. 6. Feststellung des Provisionausganges aus den Büchern durch den Reisenden. 7. Alle bestehenden Verträge sind laut obigen Forderungen abzuändern. Am 27. Dezember, vormittags 10 Uhr, findet im großen Saal der Handelskammer, Dortheenstraße 87, eine öffentliche Versammlung der Vertreter der Puhbrände und vermandete Zweige statt, und werden alle Kollegen gebeten, an derselben teilzunehmen.

Die Bäcker- und Brauereiarbeiter und Arbeiterinnen Helten am vorigen Freitag eine kurz besuchte Versammlung ab. Kollege K. in 18 gab die der im Saal gefassten und verabschiedeten Resolutions, besonders des zu früh für uns ins Grab gegangenen Kollegen und Brandmeisters Wilhelm G. Die

Wahl der Brandenburgerkommission erbracht, auf Vorschlag der zu...

Groß-Berlin.

Falsche Beschuldigungen.

Die „Mote Fahne“, das Organ des Spartakusbundes, betrachtet es als ihre Aufgabe, alles, was ihr nicht in den Kram...

Die „Freiheit“ brachte gestern früh nur die Schwindel-

Wir würden auf diese Bemerkung nicht antworten, wenn wir...

Wie liegen in Wahrheit die Dinge? Die Mitteilung, daß...

Was die Bemerkung betrifft, die „Freiheit“ habe am Sonn-

Daß wir Sonnabend abend nicht schon berichteten, hat seine...

Abrechnung mit den Scheidemännern in Neustolln.

Zu einer wichtigen Entscheidung des Neustollner Proletariats...

Die Versammlungen waren von unseren Neustollner Genossen...

Der Ausbruch dieser Volksversammlung ist ein glänzender...

Es wird den Referenten wohl die Lust vergangen sein, noch...

Das war ein Volksgericht über den langjährigen Verrat der...

Brandenburger Konferenz.

Die Organisationsleiter der Provinz Brandenburg hielten...

Eine tapfere Kämpferin ist am letzten Sonnabend in Neiden-

Der Einzug der 1. Garde-Division in Berlin ging gestern...

Hande behalten. Bis zuletzt habt ihr treu zu unserer...

Eine Einigungsversammlung, die gestern nach den Concordia-

Die Preisversteigerungen bleiben am zweiten Feiertag...

Die Hilfsvorsorgungsabteilung des Magistrats gibt bekannt...

Erhöhung der Sachbezüge. Die Gewerbebeobachtung des...

Die große Filmexhibition in der Kleinstadt 55, bei der am...

Die Tragödie einer jungen Ehe. Gestern nachmittag wurde...

Sieben Regimentspferde wurden wiederum aus einer Kaserne...

III. Kreis. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im „Märkischen...

„Centner-Club Armin 1898“ (Mitglied d. A. V. D.). Jeden...

Verantwortlicher Redakteur: Dr. S. Nefflepp, Berlin-Wilmersdorf...

Theater und Vergnügungen. Volkshühne, Opernhaus, Schauspiel, Deutsches Theater, Kammertheater, Kleines Schauspielhaus, Lessing-Theater, Deutsches Künstler Theater, Trianon-Theater, Central-Theater.

Deutsches Opernhaus Charlottenb. 7 Uhr: Oberon. Kleines Theater. 8 Uhr: Freie Knechte. Komisches Oper. 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmüdel. Lustspieltheater. 7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege. Metropol-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee. Neues Operettenhaus. 7 1/2 Uhr: Die keusche Suzanne. 3. Poliertag: Die im Ständel. Palais-Theater. 8 Uhr: Der Struwwelpeter. 9 Uhr: Der Mikado. Bühnen-Theater Charlottenburg. 7 1/2 Uhr: Das Konzert. Thalia-Theater. 8 Uhr: Polnische Wirtschaft. Freitag 8 Uhr: Rotkäppchen. Theater am Neuenmarkt. 7 Uhr: Die lustige Witwe. Wälder-Theater. 7 1/2 Uhr: Grauhäutchen. Mittwoch, Donnerstag, Freitag. 8 Uhr: Der Märchenwald. Komet-Theater. Casino d. Friedr. Wilhelm. Theat. 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Wallalla-Theater. 7 1/2 Uhr: August der Starke. Casino-Theater. Lehniger Str. 37. Teil 1. 8 Uhr: Asallen Feiertage 2 Vorlese. 8 1/2 Uhr: Das Jantige Volksstück. Die goldene Brücke. Nachmittags 3 1/2 Uhr: 2 Kl. Preisen Friede auf Erden.

Wintergarten. Das große Spezialitäten-Programm. Anfang 1/8 Uhr. Eintritt frei! Lieban-Kabarett. Künstler-Die. Teubenerstr. 34. Ab 4 Uhr: Orchester von 6-7 Uhr. Ab 7 1/2 Uhr: Tanz. Echt russ. Tee, Kaffee, Mok. /ka, Schokolade, Fein-Gebäck & Weis - 8 Gals - Bühnen. U.T. Mozartsaal. Kammerbühnen. Heiligabend geschlossen. 1 u. 2. Feiertag Anfang 4 Uhr. Harmonium. mit eingebautem Spielparrel, auch ohne Notenkenntnis spielbar 680 M., Salmo-grammophon 975 M., gebräuchtes 275 M., Harmonium-Spielparrel mit 200 Noten 58 M. (e.v. Ratenzahlung). Berzer & Co. Opernstr. 166. Privatverk. III. Eig.

PAUL CASSIRER VERLAG. Sozialistische Schriften zur Revolution. KARL KAUTSKY. Habsburgs Glück und Ende. Preis 3 Mark. Das Buch vom Kampf der Nationalitäten und der Revolution in der alten Donaumonarchie.

Als Weihnachtsgabe empfiehlt sich ein Abonnement für die unabhängige sozialdemokratische Wochenchrift „Der Sozialist“. Herausgeber: Dr. R. Breitscheid. Gutscheine für den Preis von 5.- M. für ein Vierteljahr sind zu haben in der Expedition der „Freiheit“ und bei den Parteipostleuten.

APOLLO Theater. Dir. JAMES KLEIN. Abends 7 1/2 Uhr. Sonntags 3. und 7 1/2 Uhr. Die Welt geht unter! Santa Söhne! Lucie Hattner. Franz Buch. Fritz Beckmann. Fräulein Blau. NADCHURA Elefanten. ROSTON'S Affenmensch. Traneys Blumenkorso usw. Sonntags 3 1/2, jed. Erwachsene 1 Kind frei!

Botenfrauen. zum Austragen der „Freiheit“ werden verlangt - Frau Marie Döring, Steinhilberstr. 23.

Metropol Kabarett. Behrenstr. 53-56. Ab 1. Dezember. Neue Direktion • Neues Programm. Ganz renoviert. Anfang 5 Uhr. Sonntag 4 Uhr.

Gygyi-Konzerte. 2 Eintragspreise 1,30 M., 2,50 M. Vorzügliche Küche. Torten, Makronen und Getränke. Haben Sie schon Ihr Postabonnement der Freiheit für Januar 1919 bestellt?

Sanabo-Behandlungsstelle für Harnleiden. Aerztlicher Leiter: Sanitätsrat Dr. Wott. Berlin, Bülowstr. 12, part. Bewährte Neuerung (D.R.P.). Tel.: Lützow 9604. Spülverfahren zur Beseitigung von Sprecht. 12-2, 6-8, Sonntags 11-1. Ausflüssen u. chron. Katarrhen. Prospekte.